

## Gerber Newsletter



25.11.2013  
Seite 1 von 4

### Die Krise(n)

... und ihre Auswirkungen auf uns Deutsche beschreiben wir seit Ausbruch der amerikanischen Subprime- und Lehman-Krisen im Jahr 2008. Aus der Geldmarktkrise wurde die Banken- und Schuldenkrise und hoffentlich nicht auch noch eine Staatskrise. Obwohl wir Deutschen bisher wenig davon gespürt haben (weil wir kein Peripherieland sind), werden die Schulden der Krisen unsere Steuern und Abgaben von morgen wesentlich bestimmen. Noch nie in der Geschichte waren die öffentlichen und privaten Schulden zusammen so hoch wie zurzeit. Trotz vieler Bücher, Aufsätze und Vorträge zu diesem Thema gibt es keine Lösungsansätze, wie die Schulden verschwinden könnten. Das Thema wird uns auch künftig begleiten und deshalb werden wir in unserer monatlichen Kurzinformation darüber schreiben. Ergänzend dazu zeichnen wir die wirtschaftliche und politische Situation im Stenostil auf (wie wir sie sehen – und das muss nicht immer der Meinung des Lesers entsprechen). Weg von der Überschrift „Die Krise“ hin zur künftigen Headline

„Deutschland in Europa und der Welt“.

Wo stehen wir heute? Die Bürger haben wenig Vertrauen in Ihre politischen Führungen. Die unsolide geordneten Staatsfinanzen haben die westlichen Staaten in die Schuldenfalle geführt. Die alte Erkenntnis, wonach die Geldmenge prinzipiell nicht schneller wachsen soll als die Wirtschaft ist immer noch gültig. Aus dieser Erfahrung hat man allerdings wenig gelernt und einige europäische Volkswirtschaften stehen vor dem Bankrott. Es fehlen Strategien, wie man aus den Schuldenfallen heraus kommt und nicht in der Inflation/Deflation landet. Wo ist das Mittel, mit dem man dem derzeit billigen Geld wieder seinen Wert gibt? Der Chef der EZB, Mario Draghi, hat den Leitzins jüngst auf 0,25% gesenkt und dadurch den Druck der Geldpresse noch weiter erhöht. Damit finanziert er die Peripherieländer und treibt die Aktienkurse in die Höhe. Prof. Hans-Werner Sinn (Präsident des ifo-Instituts) kommentiert das so: „Draghi missbraucht das Euro-System, in dem er den Südländern Billigkredite gibt, die sie am Kapitalmarkt so nicht bekommen würden. Selbst, wenn die EZB den Leitzins auf 0 gesenkt hätte, wäre die Wirkung nicht größer gewesen. Wir sind am Anschlag. Das geldpolitische Pulver der EZB ist verschossen.“

Was die Troika vor einigen Wochen bereits niederschrieb, hat kürzlich der griechische Staatsgast in Berlin bestätigt: man braucht bis zur zweiten Hälfte des nächsten Jahres weitere knapp 4 Milliarden Euro. Wer bei dieser Zahlung erneut Big Spender ist, sollte klar sein.

In Deutschland streiten sich die Ökonomen, ob der Euro auf Deflationskurs geht (längere Phase sinkender Preise), oder aber auf eine Inflation zusteuert. Manche, die noch vor Wochen die große Inflation ankündigten, sind von ihrer Meinung abgewichen. Sollten die Banken das Geld der Zentralbank nutzen, um Kredite zu vergeben, wird allerdings der Stein ins Rollen kommen. Da aber gerade in Südeuropa die Preise für Lebenshaltungskosten gesunken sind, riecht es kräftig nach Deflation. Da die Peripherieländer (außer Italien) die Lohnstückkosten gesenkt haben, haben die Unternehmen dieser Länder nun Spielraum für Preissenkungen, und somit für die Rückgewinnung ihrer Wettbewerbsfähigkeit (und das hat somit nichts mit Deflation zu tun).

Regierungen und Zentralbanken scheuen die Deflation und setzen alles daran, dass die Preise weiter steigen. Wie vorhin schon gesagt haben private Haushalte, Unternehmen, Kreditinstitute und Staaten hohe Schuldenberge aufgetürmt. Das Papiergeldsystem, das sich nach dem zweiten Weltkrieg durchsetzte, tut sein Übriges, um leicht an Fresh Money heranzukommen. Da der Mensch den Weg des geringsten Widerstandes wählt, macht man neue Schulden und finanziert diese. Wenn die Schulden dann größer sind als die Wirtschaftsleistung, werden die Preise und Umsätze der Unternehmen schrumpfen, so dass Vater Staat auch weniger Steuern bekommt. Wenn die Kaufkraft des Geldes sinkt, wird das den Sparer veranlassen, sein Geld zu horten, anstatt es in Staatsanleihen zu stecken. Es liegt deshalb im Bereich des Möglichen, dass die EZB den Zins noch einmal drücken wird (auf 0%) und dann Staatsanleihen kauft. Niedrige Zinsen verbunden mit weiteren Liquiditätsspritzen werden die Preisblase aufpumpen (das sieht man aktuell an der Börse). Niedrige Zinsen und der Druck von neuem Geld löst kurzfristig Probleme, verhindert auf Sicht aber keine weitere Krise. Je länger man die Probleme vor sich her schiebt, desto lauter wird der Knall, mit dem man den augenblicklichen Wohlstand in Deutschland zerstören wird.

Wir Deutschen, mit der größten Wirtschaftskraft in Europa, fürchten die Massenarmut im Alter. In nächster Zeit werden wir mit neuen Steuern konfrontiert (z.B. Finanzmarkttransaktionssteuer). Vater Staat suggeriert den Geldanlegern, Staatspapiere zu kaufen, deren Wert aber ständig sinkt. Es hat nicht den Anschein, dass die Politik unseren Lebensstandard im Alter sichert – das hat jeder für sich selbst zu tun. Wenn man die Zinsen niedrig hält (unter der Inflationsrate), wird der Anleger im heimischen Land mit Vermögensverlusten bestraft. Hat man die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Kapitalanlage, macht man wahrscheinlich davon Gebrauch. Das geht allerdings nur so lange, bis das jeweilige Regime mit Restriktionen bremst. Notenbanken könnten Kreditmengen an Banken einschränken, die ihrerseits bei der Kreditvergabe blockieren würden. Ein solches Denken bei der Kreditvergabe ginge weg von der spekulativen Verwendung hin zur Verwendung für wohlstandssteigernde Investitionen (ähnlich wie es Volksbanken und Sparkassen heute bereits machen). Eine Erhöhung der Banken-Eigenkapitalquote würde sie auf Sicht stabiler machen. Dieser Prozess würde allerdings noch lange dauern.

In diesem Monat legte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sein Gutachten vor. Auch hier sucht man Vorschläge, wie die Euro-Krise zu überwinden ist, vergebens. Während man früher die Idee eines gemeinsamen Schuldentilgungsfonds forderte, rückt man nun davon ab, hin zu den Grundprinzipien des Maastrichter Vertrages. Danach haben die Länder untereinander nicht für die Schulden des anderen aufzukommen (Bail-Out-Verbot). Begründet wird das mit veränderten Rahmenbedingungen. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hatte nämlich angekündigt, notfalls unbegrenzt Anleihen eines Eurolandes anzukaufen, wenn Investoren dem entsprechenden Land das Vertrauen entziehen. Das aktuelle Sachverständigengutachten kann man durchaus unter dem Aspekt der Politikberatung verstehen, was uns schlussendlich der Lösung der Euro-Krise näher bringen könnte.

In diesem Jahr erwartet der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen ca. 26.000 Firmenpleiten (so viele wie zuletzt im Jahr 1996). Die Totalausfälle, die sich von 2007 bis 2010 bei über 17 Milliarden Euro bewegten, stiegen im Jahre 2011 auf ca. 18,5 Milliarden Euro und 2012 sogar auf 24,3 Milliarden Euro.

Bereits 2010 forderte die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, die deutschen Exporte zu reduzieren und dadurch die Nachfrage im eigenen Land zu erhöhen, um damit die schwächeren Länder in Europa zu unterstützen. Und Bundesbankpräsident Jens Weidmann lässt mit seiner Antwort nicht lange auf sich warten und ist der Ansicht, dass man die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen nicht verschlechtern kann. Man muss die Wettbewerbsrückstände in den Defizitländern beseitigen. Mario Draghi, der EZB-Präsident, legt nach: „Den Stärksten zu schwächen, stärkt nicht die Schwachen.“ Wenn ein solches Verfahren kommen würde, dann ist es frühestens in einem Jahr. Es wäre das Erste in einer solchen Art in Deutschland. In diesem Jahr beträgt der Saldo der Transferzahlungen des Exports knapp 200 Milliarden Euro. Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman kritisiert die unangemessen hohen Exportüberschüsse, weil sie das Wachstum und die Beschäftigung der gesamten Welt bremsen. Deutsche Exporteure waren zwar Spitze, aber die erzielten Überschüsse wurden falsch angelegt (griechische Staatsanleihen, irische Bankanleihen, spanische Immobilien etc.). Es gibt Stimmen, die dazu raten, das Geld in Deutschland zu investieren. Damit würden die Konjunktur und die Importe gesteigert und die hohen Exportüberschüsse abgebaut. Heute kaufen viele Bürger im Ausland „Made in Germany“, weil sie im Rahmen des freien Handels der Ansicht sind, etwas zu bekommen, was ihren Bedürfnissen entspricht. Sollten sich in Deutschland rasante Lohnerhöhungen durchsetzen, mindert das die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und reduziert den deutschen Export. Deutsche Exporte bestehen zurzeit aus ca. 40% importierten Vorprodukten (viele davon aus Europa). Es gibt heute eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW, Mannheim), nach der die deutschen Exportüberschüsse Ende des nächsten Jahrzehnts verschwunden sein werden.

Aber mit Prognosen ist das ja ohnehin eine zweifelhafte Sache. Wie man die einzustufen hat, prägte der Münchner Volksschauspieler Karl Valentin, als er sagte: „Vorhersagen sind immer schwierig – vor allem, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen.“

## Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Wir nehmen das Resümee vorweg: vom Edelstahlmarkt nichts Neues. Außer, dass es Hoffnungen für bessere Geschäfte im nächsten Jahr gibt. Das begründet man mit der Nachfrageintensität Chinas.

ThyssenKrupp hofft auch. Nämlich auf den Verkauf der Werke in Brasilien und den USA. Vielleicht könnte es kurzfristig für das Werk in Calvert (Alabama) eine Lösung geben. Ein Konsortium mit dem größten Stahlmarktführer ArcelorMittal zeigt Interesse. Gegebenenfalls wäre dann ThyssenKrupp zu weiteren Wertberichtigungen gezwungen. Aktuell stehen die beiden Werke mit 3,4 Milliarden Euro in den Büchern. Man rechnet mit einem Ergebnis bis Ende des Jahres.

Auf jeden Fall ist Outokumpu Nirosta fest entschlossen, die Grundpreise zum 01.01.2014 zu erhöhen. Die Lieferzeiten hat man bereits auf März des nächsten Jahres verlängert.

In ihren Sortimenten melden lagerführende Anbieter bei einigen Positionen bereits Lücken.

## Die Rohstoffmärkte

Gebetsmühlenartig wiederholen wir: zieht die Nachfrage nach Edelstahl Rostfrei nicht an, bleibt das Interesse an den Rohstoffen gering. Sie sind ausreichend verfügbar und ein kurzfristiger Preisanstieg ist nicht zu erwarten.

Interessant war der Bericht vom 09.11.2013 in der FAZ über den Gründer von Fortescue, Andrew Forrest. Er bewertet den derzeitigen Nickelpreis von ca. 13.500 US-\$ in Relation zum Kurs von vor 2 Jahren, wo er noch doppelt so hoch war. Für ihn wird der Nickelpreis wieder anziehen und deshalb hat er sich eine Kaufoption gesetzt. Sicherlich ist das mutig, da die weltweiten Förderungen den Bedarf bei weitem übertreffen (siehe Nickelhöchst- und -tiefstpreise am 21.11.2013).

## Nickelhöchst-/Tiefstpreise 2010 bis heute

2010 €/100 kg Kassa	2011 €/100 kg Kassa	2012 €/100 kg Kassa	Jan 13 €/100 kg Kassa	Feb 13 €/100 kg Kassa	Mrz 13 €/100 kg Kassa	Apr 13 €/100 kg Kassa	Mai 13 €/100 kg Kassa	Jun 13 €/100 kg Kassa	Juli 13 €/100 kg Kassa	Aug 13 €/100 kg Kassa	Sep 13 €/100 kg Kassa	Okt 13 €/100 kg Kassa	Nov 13 €/100 kg Kassa	Dez 13 €/100 kg Kassa
H 16.04. 2.045	H 15.02. 2.140	H 07.02. 1.647	H 10.01. 1.341	H 14.02. 1.376	H 14.03. 1.317	H 01.04. 1.280	H 02.05. 1.124	H 05.06. 1.170	H 02.07. 1.071	H 12.08. 1.113	H 09.09. 1.050	H 22.10. 1.073	H 01.11. 1.081	
T 13.01. 1.222	T 19.11. 1.272	T 16.08. 1.240	T 23.01. 1.299	T 22.02. 1.274	T 01.03. 1.264	T 23.04. 1.164	T 10.05. 1.181	T 24.06. 1.042	T 09.07. 1.025	T 07.08. 1.024	T 13.09. 1.026	T 04.10. 999	T 22.11. 996	T

Nickel-Vorräte London Metal Exchange (LME)

03.01.12 = 90.516/mt  
02.01.13 = 141.690/mt  
21.11.13 = 248.550/mt

### Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

In der Presse wurden Gedanken von Outokumpu Nirosta publiziert, ab 01.01.2014 einen Tages-LZ einzuführen. Wir glauben, dass hier noch nicht das letzte Wort gesprochen ist und warten die nächsten Wochen ab, wie man ab Januar verfahren wird.

W-Nr.	Tiefste LZ 2012 €/to	Höchste LZ 2012 €/to	Jan 2013 €/to	Feb 2013 €/to	Mrz 2013 €/to	Apr 2013 €/to	Mai 2013 €/to	Jun 2013 €/to	Juli 2013 €/to	Aug 2013 €/to	Sep 2013 €/to	Okt 2013 €/to	Nov 2013 €/to	Dez 2013 €/to
4016	12/12 - 449	07/12 - 538	453	453	451	460	490	485	460	441	429	427	413	425
4113	12/12 - 609	06/12 - 738	615	622	609	617	645	647	611	581	552	553	533	553
4301	12/12 - 1.247	03/12 - 1.566	1.312	1.300	1.319	1.277	1.280	1.196	1.136	1.056	1.067	1.045	1.002	1.031
4310 *)	12/12 - 1.159	03/12 - 1.445	1.217	1.206	1.223	1.187	1.193	1.118	1.062	988	996	977	937	965
4310Mo*)	12/12 - 1.241	03/12 - 1.552	1.299	1.294	1.302	1.266	1.269	1.200	1.137	1.059	1.056	1.039	996	1.029
4404	12/12 - 1.871	03/12 - 2.389	1.963	1.963	1.964	1.904	1.892	1.798	1.701	1.576	1.557	1.533	1.468	1.523
4521	12/12 - 842	06/12 - 1.017	851	866	839	847	872	881	834	792	745	749	724	752
4539	12/12 - 3.460	03/12 - 4.506	3.649	3.649	3.654	3.518	3.463	3.268	3.097	2.851	2.826	2.779	2.659	2.757
4571	12/12 - 1.905	03/12 - 2.424	1.999	1.998	1.997	1.935	1.921	1.823	1.726	1.597	1.579	1.555	1.489	1.544

### Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2012 €/to	tiefst 2012 €/to	Jan 2013 €/to	Feb 2013 €/to	Mrz 2013 €/to	Apr 2013 €/to	Mai 2013 €/to	Jun 2013 €/to	Juli 2013 €/to	Aug 2013 €/to	Sep 2013 €/to	Okt 2013 €/to	Nov 2013 €/to	Dez 2013 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Jun. 480	Sep. 400	360	360	360	370	350	360	390	390	390	380	350	
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Feb. 1.680	Dez. 1.300	1.320	1.250	1.300	1.150	1.130	990	980	1.020	1.000	980	970	
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Feb. 2.280	Nov. 1.750	1.850	1.750	1.800	1.650	1.650	1.500	1.400	1.420	1.380	1.370	1.360	

\*) Markennamen TKN (ThyssenKrupp Nirosta)

**Das KGW-Team**